Nr. 463. 39. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Montag, 12. September 1910

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Protestsonntag.

Mit stürmischen Kundgebungen für das gleiche Wahlrecht sind Winter und Frühjahr ausgefüllt worden, und nach einer kurzen Pause setzt bereits der Spätsommer wieder mit Massendemonstrationen gegen das Gottesgnadentum, gegen die Fleischnot und gegen das ganze reaktionäre System ein. Einen sehr erfreulichen Verlauf hat die gestrige Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in der Brauerei Friedrichshain genommen. „Das Gottesgnadentum gehört in die Rumpelkammer," sagte der Abgeordnete Wiemer. „Nieder mit dem schwarzblauen Block! muß die Parole der nächsten Wahlen lauten," erklärte der Abgeordnete Dove; „Systemwechsel in Deutschland!" das war das Ergebnis der zündenden Ausführungen Konrad Haußmanns.

Ob der Freisinn in diesem Zeichen siegen wird? Wer will es wissen? Aber der Abgeordnete Haußmann hatte recht, als er sagte, daß er sich auf die nächsten Reichstagswahlen freue, weil durch sie wieder einmal über große Fragen vom Volke entschieden werden solle. Fliegen die Raben noch immer um den Berg? So fragt nach der Sage von Zeit zu Zeit Kaiser Rotbart. Auch eine ungünstige Antwort ist immer noch besser als die ewige Ungewißheit. Ist die neue Zeit noch nicht gekommen, nun, dann muß eben weiter gearbeitet werden. Aber man wird doch wieder einmal wissen, woran man ist. Und Haußmann hat recht; nicht um irgendeine Einzelfrage handelt es sich; nicht darum, ob Schutzzoll oder Freihandel, ob Reichstagswahlrecht oder Klassenwahlrecht, ob Kultur oder Barbarei, ob Gerechtigkeit oder Klassenwillkür, ob soziale Versöhnung oder antisozialer Druck durchgesetzt werden sollen, sondern um alles zusammen. Hier Fortschritt, dort Rückschritt, das sind die großen Gegensätze, über die das Volk bei den nächsten Wahlen entscheiden soll. Systemwechsel, darin liegt alles beschlossen. Was will es unter solchen Umständen besagen, daß Herr v. Bethmann Hollweg einen einzelnen Punkt herausgreifen und den ganzen Kampf um die Schutzzollpolitik konzentrieren möchte. Das „Volk der Dichter und Denker" wird ihm schwerlich den Gefallen tun, auf diesen Appell an den Eigennutz hineinzufallen. Es wird umgekehrt die Frage aufwerfen, wie weit eigentlich Herr v. Bethmann Hollweg legitimiert sei, dem deutschen Volk überhaupt eine Wahlparole vorzuschreiben.

Von der Protestversammlung gegen den Zarenbesuch im hessischen Wahlkreise Offenbach brauchte man nicht zu sprechen, wenn die hessische Regierung und das Kreisamt Offenbach nicht höchst überflüssigerweise mit einem Verbot die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Versammlung gelenkt hätten. Man mag über die Opportunität eines Protestes gegen die Anwesenheit des Zaren, der auf deutschem Boden doch nur ein Privatmann ist, sehr verschieden urteilen können. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die sozialdemokratische Partei die Anwesenheit des Zaren in Friedberg ignoriert hätte. Aber das Verbot der Versammlung in Langen verstößt ganz offensichtlich gegen das deutsche Reichsvereinsgesetz, das ein Präventivverbot überhaupt nicht kennt. Ob die Versammlung eine „Aufreizung der Massen zu Gewalttätigkeiten" zur Folge haben würde, das hätte das Offenbacher Kreisamt abwarten müssen. Das von ihm ausgegangene Verbot der Versammlung war einfach unverständlich. Es hat auch nichts genützt, da die Versammlung mit einer etwas geänderten Tagesordnung trotzdem stattfand; und es hat sich als überflüssig herausgestellt, da natürlich von einer Aufreizung zu Gewalttätigkeiten keine Rede war. Die Behörde hat sich blamiert, ohne es nötig zu haben.

Noch mehr Uebereifer hat der Regierungspräsident von Wiesbaden gezeigt, als er den fremden Delegierten, die in der Frankfurter Massenversammlung sprechen wollten, den Gebrauch ihrer Muttersprache untersagte. Auch wer grundsätzlich jede sprachliche Einschränkung des Vereinsgesetzes mißbilligte, der hat sich doch, als der Reichstag die Sprachenklausel im neuen Vereinsgesetz beschloß, nicht träumen lassen, daß man von dieser Klausel jemals gegen auswärtige Gäste Gebrauch machen könnte, die mit dem deutschen Parteileben so gut wie gar nichts zu tun haben. Man hatte angenommen, daß die Behörde die Möglichkeit nicht aus der Hand geben wollte, die polnischen Versammlungen im Westen zu überwachen. Aber daß jemals prominenten auswärtigen Politikern wie einem Jaurès oder Vandervelde oder Keir Hardie der Gebrauch ihrer Muttersprache in einer politischen Versammlung auf deutschem Boden verboten werden könnte, das hat wohl niemand vorausgeahnt. Herr v. Bethmann Hollweg, als er noch Stellvertreter des Fürsten Bülow war, wohl selbst nicht. Aber er denkt heute, wo er selbst Reichskanzler ist, gar nicht mehr daran, sich an die Erklärungen zu halten, die er als Staatssekretär des Innern zum Reichsvereinsgesetz abgegeben hat. Eine bittere Lehre, aber eine Lehre, die hoffentlich nicht vergessen wird. Nicht auf das Wohlwollen jeweiliger Regierungsvertreter, nicht einmal auf ihre feierlichen Versicherungen soll der Reichstag sich verlassen, sondern er soll ein Reichsgesetz so unzweideutig abfassen, daß daran die Auslegungskunst der Behörden zuschanden wird.

Auch in der Frankfurter Versammlung freilich ist der Pfeil auf den Schützen zurückgeprallt. Herr Jaurès hat Deutsch gesprochen; und wir wüßten nicht, was im Sinne einer Verständigung mit unseren westlichen Nachbarn erwünschter hätte sein können. Jaurès ist für uns nicht der Vertreter des französischen Sozialismus. Er ist für uns der Repräsentant der edelsten französischen Kultur, einer Kultur, die, wie sich gerade an diesem Beispiel zeigt, mit deutschen Bildungselementen gesättigt ist. Ob sich Jaurès der deutschen Sprache etwas mehr oder weniger geschickt bediente, darauf kommt es nicht an. Um so mehr darauf, daß er sich als einen Kenner deutscher Kunst und deutschen Geisteswesens erwies. Wo hat man schon einmal ein besseres Verständnis für deutsche Eigenart bei einem Fremden gefunden? Wo hat man sich eines tieferen Eindringens in das deutsche Geistesleben erfreuen können? Die Frankfurter Rede von Jaurès geht nicht die deutschen Sozialdemokraten, sie geht das deutsche Volk an; und in dieser Zeit der internationalen Gegensätze gibt es nichts, was gleich sympathisch berühren könnte, als diese Rede, die den Geist der Versöhnung und des kulturellen Fortschritts atmet. Es war ein Glück für uns, daß diese Rede in deutscher Sprache gehalten wurde, und fast möchten wir dem Wiesbadener Regierungspräsidenten Dank wissen, daß er durch sein unverständliches Verbot dazu mitgeholfen hat, daß wir diese Rede in Empfang nehmen konnten. Jaurès als Franzose begrüßt die kommende Zeit des Weltfriedens und der Freiheit. Das ganze deutsche Volk darf sich mit ihm in diesem Ausblick auf die Zukunft eins wissen.

Und auch darin wird man Herrn Jaurès zustimmen müssen, daß die preußische Hochburg der Reaktion fallen muß, wenn das deutsche Volk sich seine Selbstbestimmung und Selbstregierung erkämpfen soll. Der Krieg gegen die Finsternis, gegen das Elend, die Ungleichheit und die Ungerechtigkeit ist international. Das hat uns die Rede von Jaurès neu zum Bewußtsein gebracht. Die neue Herbstkampagne hat mit einem schönen Auftakt begonnen. Es muß dafür gesorgt werden, daß es in diesem Zeichen weitergeht.

Der neue sächsische Finanzminister.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Leipzig, 12. September.

Zum Nachfolger des Finanzministers Dr. v. Rüger wurde heute vom König der Ministerialdirektor des Finanzministeriums Ernst August **Kurt v. Seydewitz** ernannt. Seydewitz gehört dem Finanzministerium seit 20 Jahren als Beamter an.

Dresden, 12. September.

Der neuernannte Finanzminister v. Seydewitz gehört einem alten sächsischen Adelsgeschlecht an und ist jetzt etwa sechzig Jahre alt. Er ist in allen Details des sächsischen Finanzwesens außerordentlich erfahren, namentlich im Eisenbahnwesen. Auf diesem Gebiet hat er bei der Einführung der Güterwagengemeinschaft vorzügliches geleistet und wird aus diesem und anderen Gründen in Berlin sehr geschätzt. Die Finanzpolitik Rügers stützte sich namentlich auf die sachliche Erfahrung und die Arbeiten der Geheimräte v. Seydewitz und Schröder. Politisch ist der neue Minister wenig hervorgetreten. Er ist im Landtage ein sachlicher Debatter mit urbanen Formen, weiß jedoch auch Angriffe scharf zurückzuweisen. Er ist natürlich rechtskonservativ und wird im allgemeinen die Rügersche Politik weiterführen.

Die deutschen Militärinstrukteure für Brasilien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 12. September.

Der „Temps" entnimmt der Zeitung „Le Brésil" einige Mitteilungen über die Entsendung deutscher Instrukteure für die brasilianische Armee. Ein deutscher Offizier habe erzählt, daß in verschiedenen Garnisonen Offiziere zur Meldung für die Mission aufgefordert worden seien. Er selbst habe sich in die Liste eingezeichnet, die bereits zahlreiche Namen aus anderen Garnisonen enthalte. „Le Brésil" fügt dieser Mitteilung hinzu, daß die Mission aus einem Oberst, zwei Hauptleuten und neun Leutnants und Unteroffizieren bestehen solle. Es könne auf das Bestimmteste versichert werden, daß Marschall Hermes da Fonseca der Sendung dieser Mission fernstehe, und daß die Regierung gegen die persönliche Ansicht des künftigen Präsidenten handeln würde, wenn sie den Plan weiter verfolge.

Die Aeroplane im französischen Manöver.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 12. September.

In den französischen Manövern bedeutete der gestrige Sonntag einen Ruhetag für die Truppen und einen Tag des

Vierundzwanzig Stunden in der Irrenanstalt.

Von [Nachdruck verboten.]

Hermann Heijermans.

II.

Es ist selbstverständlich, daß es für die Leser dieses Blattes kein Vergnügen sein kann, wenn man ihnen sogenannte „Schrecknisse" einer Irrenanstalt als Lektüre vorsetzt. Ich beabsichtige natürlich durchaus nicht, mehr zu beschreiben, als sich als gut und nützlich erweisen wird. Wenn ich dem „Stimmungsbild" meines vorigen Feuilletons (vergl. „Berl. Tagebl." Nr. 458) noch etwas von dem in den Zellen Geschauten hinzufüge, so geschieht das nur, weil gerade bei Prüfung der Zellen die sehr ernste Entdeckung grober Mißstände in der Irrenpflege der Stadt Berlin zutage trat. In drei, vier Zellen, die übrigens vortrefflich aussahen, doch zu wenig frische Luft enthielten, hatten wir den größten Jammer, den zum Tier erniedrigten Menschen wahrgenommen. Besonders die junge Frau in der letzten Zelle hatte erschütternd auf uns gewirkt. Als die gepolsterten Portüren geöffnet wurden, blieb sie in eine Ecke auf dem Boden sitzen. Die Füße hielt sie wie eine Geisha unter dem Körper gekreuzt. Schlaff ruhten die Hände in ihrem Schoß. Sie bewegte sich nicht, starrte mit ihren großen dunklen Augen vor sich hin, schmerzlos, ohne Bewußtsein. Von allen Fragen, die an sie gerichtet wurden, vernahm sie nichts. Sie saß in der Ecke auf dem Boden wie eine kleine versteinerte Pagode, gefühllos für Leben und Außenwelt, lebendig begraben. Und gerade nach dem Lärm der andern, nach den Klagen und Verwünschungen, der Erregtheit und Verzweiflung in den verschiedenen Sälen, wirkte dieses Schweigen, dieses tote Sitzen, dieses von allem Losgelöstsein der kleinen Pagode so außergewöhnlich, so grauenvoll tragisch.

Als die Türen wieder zugefallen, tat ich meine erste Frage und wurde derartig ernüchtert, wie ich es nie zuvor gewesen.

„Warum?" fragte ich, und ich hatte das Recht, diese und weitere Fragen zu stellen, weil ich in anderen Ländern, wie schon erwähnt, vielfach der Behandlung Irrsinniger beigewohnt, „warum sind hier verhältnismäßig noch so viel Einzelzellen im Gebrauch? Warum werden solche Patienten nicht in Dauerbädern zur Ruhe gebracht?"

„Weil," sagte mein Begleiter: „weil wir hier keine eigentlichen Dauerbäder besitzen."

Es kam mir unglaublich vor. Jeder Psychiater und fast jeder Laie, der mit seiner Zeit vorgeschritten, kennt die Heilmethode Dr. Kraepelins, der schon vor ungefähr fünfzehn Jahren seine großen Resultate bei der Anwendung von sogenannten Dauerbädern für erregte Kranke veröffentlichte. In jeder bedeutenden Irrenanstalt des Auslandes, auch zum Beispiel in den Anstalten von Heidelberg, Tübingen, München usw., hat man die vorzüglichsten Einrichtungen, um die Zelle, die absolut keine Heilkraft besitzt, und die für die Kranken immer ein Elend ist, durch das ausgezeichnet wirkende Dauerbad zu ersetzen. Nur für komplottschmiedende Verbrecher hat es seine Bedenken. Für alle übrigen Geisteskranken ist das Dauerbad ein Segen. Die Zelle ist ein verältetes, plumpes Mittel, für die man keines Direktors, keiner drei Oberärzte, keiner drei Anstaltsärzte, keiner sieben Assistenzärzte, keiner städtischen Deputation bedarf! Man isoliert einen Irren, und wenn er ausgeraft hat und vor Ermattung von selbst zusammenbricht, kann jeder ihn getrost aus der Zelle lassen! Ein Dauerbad, das wissenschaftlich angeordnet und von geübtem Personal verabreicht wird, beugt den meisten Tobsuchtsanfällen vor, respektive mildert sie sehr.

Weil ich es nicht glauben konnte, daß dies große Haus, in dem ich mich befand, hinter einer der vornehmsten wissenschaftlichen Methoden, gelinde gesagt, zehn Jahre zurück sei, bat ich, mich die Vorkehrung sehen zu lassen, die hier Dauerbad genannt wird. Fünf Minuten später befanden wir uns in einer Art Badezimmer mit drei Zinkwannen, die im wesentlichen nur zu Reinigungsbädern dienen können. Und von dieser Art unzureichender Badevorkehrungen gab es in diesem hundert Köpfe starken Haus nur drei, sage drei Wannen, die als therapeutische Badegelegenheiten in Betracht kommen könnten. „Wir hätten hier," sagte mein Begleiter: „in der ganzen Anstalt mindestens siebzig nach wissenschaftlichen Erfahrungen eingerichtete, Tag und Nacht gebrauchsfertige Dauerbadwannen nötig. Wir haben aber für diesen speziellen Zweck etwa nur fünfzehn ganz mangelhafte Reinigungswannen, die nachts noch dazu außer Betrieb sind. Weil wir die Dauerbäder nicht haben, sind wir gezwungen, die Zellen zu gebrauchen, viel mehr Morphiumeinspritzungen zu machen, als gut sein kann, und uns mit Packungen zu behelfen. Das Fehlen dieser Dauerbäder ist ein schreienderer Skandal als alle Klagen über Essen und Trinken."

In der weiteren Unterhaltung über diesen Gegenstand ergab es sich, daß die Städtische Deputation für das Berliner Irrenwesen, der kein einziger Psychiater angehört, wohl vor einigen Jahren den Umbau der Anstalten zu modernen Einrichtungen mit den so höchst notwendigen Dauerbädern in Erwägung gezogen, daß jedoch von diesem Umbau abgesehen wurde, weil für die Dauerbäder vor allen Dingen geübte Aerzte und geübtes Personal nötig sind, und weil man aus Mangel daran damals nicht die gewünschten Erfolge erzielte wie anderswo. Nun ist es eine traurige Tatsache, daß sowohl in Herzberge wie in Buch und in Dalldorf ein so andauernder Wechsel von Aerzten und Personal stattfindet, durch die Schuld der Stadt Berlin, daß die sämtlichen Irrenanstalten, sowohl auf therapeutischem, wie auf wissenschaftlichem Gebiet, lahm gelegt sind. Es existiert nämlich für die Assistenzärzte, die nach einem langen Studium an der Universität hier mit 1800 Mark und „freier Station" angestellt werden und mit sechs Wochen Kündigung auf der Straße liegen können, es existiert für diese Aerzte, die es zehn bis zwölf Jahre in dieser wirtschaftlich und sozial unzulänglichen Stellung, eventuell an ein und derselben Anstalt aushalten müssen (die psychiatrische Arbeit in einer Anstalt außerhalb Berlins wird nicht angerechnet), ehe sie es bis zum Oberarzt (mit zirka 6000 Mark) bringen, und die im Erkrankungsfall kein Recht auf Weiterbezug ihres Gehaltes haben, es existiert für diese Menschen, von denen soviel Hingabe verlangt wird, keine Ursache, länger als notwendig an einer so rückständigen Anstalt zu verbleiben. Speziell in der von mir besuchten Anstalt hatten von den sieben im letzten Jahr eingestellten Assistenzärzten fünf nicht die geringsten Vorkenntnisse in der Psychiatrie, als sie engagiert wurden. Berlin publiziert zum Beispiel eine Annonce wie folgt:

„Bei der kürzlich neuerbauten städtischen Irrenanstalt der Stadt Berlin zu Buch in der Mark, Vorortverkehr, von Berlin zirka dreißig Minuten, sind sogleich zwei Assistentenstellen zu besetzen. Neben vollständig freier Station wird ein Bargehalt von 1500 Mark pro Jahr gewährt, welches in acht Jahren auf 2700 Mark steigt; nach sechsjähriger Dienstzeit ist eventuell Aussicht auf Anstellung als Anstaltsarzt (Einkommen 4800 Mark) vorhanden; auch spätere Wahl zum Oberarzt nicht ausgeschlossen. Nach zehn Jahren Gesamtdienstzeit wird den Assistenten und Anstaltsärzten eventuell Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewährt, während die Oberärzte gemäß besonderer Bestimmungen eventuell Pension und Reliktenversorgung zu beanspruchen haben. — Psychiatrische Vorbildung